

Marktwirtschaft.

Der Weg ist hart, überall lauern Gefahren, NICHTS ist sicher...



...aber WENN es eine schafft, dann MUTTI.



Vorweihnachtliche Regierungserklärung: Alles Gute für 2010!

02/03 Steuervereinfachung statt Tarifbastelei
Editorial

04 Effizienter Klimaschutz durch Zertifikatehandel
Plädoyer des Kronberger Kreises

05 Beschäftigung Geringqualifizierter
Neue Studie des Kronberger Kreises

06 Perspektive für den ehrbaren Staat?
Update der Generationenbilanz

07 Gesundheitspauschale auf dem Prüfstand
Pressegespräch mit Prof. Bernd Raffelhüschen

08 Presseresonanzen
Besprechung der Studien in den Medien

09 Das Beispiel Mehrwertsteuer
Tagung zum Thema Steuervereinfachung

10 Privat statt Staat?
Tagung zum Thema Netzwirtschaften

11 GENERATION-D Preisverleihung
Ideen-Wettbewerb für Studierende
prämiiert Finalisten in Berlin

12 Neuer Webauftritt der Stiftung im Internet/
Zu guter Letzt

Steuervereinfachung statt Tarifbastelei – und Soli weg!

Editorial von Prof. Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft



Für vieles Wünschenswertes gibt es in der Rezession kaum Spielräume. Das ist aber nicht mit dem Fehlen politischer Gestaltungsmöglichkeiten gleichzusetzen. Es ist eine verbreitete, irrige Verallgemeinerung und vielleicht bequeme Ausrede: Steuerreformen seien nur möglich, wenn man sie mit großen Steuerentlastungen verbin-

de. Das mag für ganz große, revolutionäre Würfe mit umfassenden Maximalforderungen gelten, aus denen auch deshalb nichts wird. Es gilt nicht für einzelne, behutsame Schritte bei klarem Reformziel. Es ist möglich zu kommunizieren, wie sehr ein Übermaß an Einzelfallgerechtigkeit für viele sowie an „Sondergerechtigkeiten“ für jeweils einige am Ende zu Ungerechtigkeit und Belastung für alle führen. Schritt für Schritt bei der Korrektur z.B. der Einkommensteuerstrukturen die Mühsal der Ebene auf sich zu nehmen, ist allerdings anstrengender als unter dem Jubel mancher Medien in den rosaroten Sonnenuntergang des Stufentarifs zu reiten. Es ist ein Rätsel, was daran so faszinierend sein soll: Bei weiter chaotischer Bemessungsgrundlage kann auch nach Einführung eines Stufentarifs niemand seinen persönlichen Steuersatz nennen. Transparenzgewinn: Null. Vereinfachung: nur optisch. Steuersenkung: gern und sinnvoll, aber nicht auf Pump! So, wie aktuell diskutiert wird, kann man die Reformimpulse auch lahmlegen. Ob reiner Stufentarif, reine Kurve oder gestufte Kurve ist letztlich zweitrangig – wenn endlich Strukturfragen angegangen, wenn Ausnahmen und damit auch Bürokratiekosten reduziert und Effizienzreserven gehoben werden.

Stattdessen scheint das von der Großen Koalition gründlich verkomplizierte Steuer“system“ – selbst Finanzämter kapitulieren bereits – noch verwirrender zu werden. Dafür ist sogar Geld da: Für die Hotelbranche und eine weitere Ausnahme bei den ermäßigten Mehrwertsteuersätzen kann eine Milliarde weniger in die Kasse kommen. Das ist weder systematisch noch mit „Wachstumsbeschleunigungschancen“ zu begründen – ein unglücklicher Start für eine Bundesregierung, die sich ein einfacheres Steuersystem zum Ziel gesetzt hat. Die Strafe folgt auf dem Fuße, in Form üppiger Wunschzettel und zahlloser Schreiben anderer Interessengruppen, die eloquent begründen können, warum auch sie in den Genuss von Mehrwertsteuervorteilen kommen müssen. Auch die „Lobbyisten des Jahres“ vom

Hotel- und Gaststättenverband werden sich über den Pyrrhus-Sieg noch wundern: Die getrennte Abrechnung und unterschiedliche Behandlung nicht nur von Übernachtung und Frühstück bringt für Hotelbesitzer und Kunden manche Überraschung mit sich – und die Gastwirte im Verband sind sauer, weil sie leer ausgehen.

Was also könnten schnelle aufkommensneutrale Schritte sein? Erstens ein Mehrwertsteuersatz von 16 Prozent auf alles statt jahrelanger Diskussionen, die die angekündigte Überprüfung des Systems unterschiedlicher Sätze bringen wird. Zweitens für Demokratie, Transparenz, kommunale Gestaltungsmöglichkeiten und als Einstieg in die Entflechtung der Finanzbeziehungen von Bund, Ländern und Gemeinden die offene Ausweisung des kommunalen Anteils von 15 Prozent an der Einkommensteuer als Bürgersteuer samt Hebesatzrecht. Drittens, falls Steuersenkungsspielräume vorhanden sind, die Verbindung von Senkung und Vereinfachung durch Abschaffung des „Soli“. Das merkt jeder, es macht die Abgeltungsteuer übersichtlicher und erzeugt, da es sich um eine Bundessteuer handelt, keine Wutausbrüche von Ministerpräsidenten. Wer dagegen Steuerreform auf Steuersenkung reduziert oder sich gut gemeint, aber jetzt wenig weiterführend vor allem auf die „Kalte Progression“ stürzt, wird am Ende jeden echten und nachhaltigen strukturellen Fortschritt erschweren. Für die Beschenkten ergäbe sich allenfalls ein kurzes Vergnügen: Zu Weihnachten 2010 gibt es etwas in die linke Tasche, spätestens in der Fastenzeit 2011 wird über der entleerten rechten Tasche der Gürtel enger geschnallt...

„Konsolidierung“ als Fassade

„Sparen heißt, Geld, das man hat, nicht auszugeben. Bei uns geht es aber darum, Geld, das wir nicht haben, nicht auszugeben, und das nennt man Realismus.
In der Sprache der Mengenlehre:
Wenn aus der Kasse, in der 100 Euro sind, 300 Euro entnommen werden, dann muss man erst wieder 200 Euro in die Kasse hineintun, damit nichts in ihr ist.“
(Manfred Rommel)

Politikverirrung beginnt oft mit Begriffsverwirrung. Der frühere Stuttgarter Oberbürgermeister Rommel hat treffend beschrieben, was es mit dem so missbrauchten Wort „Konsolidieren“ auf sich hat: wenig. Kaum etwas bringt dies drastischer auf den Punkt als die Entwicklung der öffent-

Editorial Fortsetzung

lichen Haushalte 2007 bis 2009. 2007 hatte die Große Koalition die historische Chance, den ersten ausgeglichenen Bundeshaushalt nach über vierzig Jahren zu präsentieren. Bei allen Steuerquellen fielen frühere Rekordmarken, die Mehrwertsteuer wurde um 3 Prozentpunkte erhöht. Die Gelegenheit wurde verpasst, weil „Konsolidierung“ nur über die Einnahmeseite erfolgte und durch erhöhte Ausgaben einmal mehr konterkariert wurde: Je mehr Geld der Staat hat, desto mehr hat er zu wenig. Von Keynes sprach 2007 niemand. Stattdessen hat damals Bundesfinanzminister Steinbrück Schaubilder präsentiert, nach denen Deutschland bis 2011 ausgeglichene Haushalte präsentieren werde, bei natürlich stetigem, kraftvollem Wachstum. Dazu warnte er – allen Ernstes, 2007! – man dürfe sich „nicht ins Koma sparen“.

Bedauerlicherweise hielt sich die Konjunktur nicht an das Steinbrück-Szenario. Völlig überraschend kam es zu einer Wirtschaftskrise! Die allerdings fiel dann, in Verbindung mit der Finanzkrise, so drastisch aus, dass die Bundeskanzlerin im Herbst 2009 durchaus zu Recht sagt, man dürfe jetzt nicht „sparen, sparen, sparen“. Genauso richtig lag Bundesfinanzminister Eichel 2001 mit seiner Warnung vor „prozyklischem Sparen“. Plötzlich ist Keynes in aller Munde, wenn es um die Begründung des Geldausgebens geht. Weder Rot-Grün noch Schwarz-Rot hatten aber zuvor in guter Zeit gespart, um in der Not zu haben. Sie hatten vielmehr die Not bzw. strukturelle Haushaltsschieflage sogar in guter Zeit vergrößert: Weniger die Finanzkrise als neu beschlossene, dauerhafte Ausgabeverpflichtungen der Großen Koalition über 43,5 Milliarden Euro jährlich sind mitverantwortlich für das aktuelle Fiasko der öffentlichen Kassen.

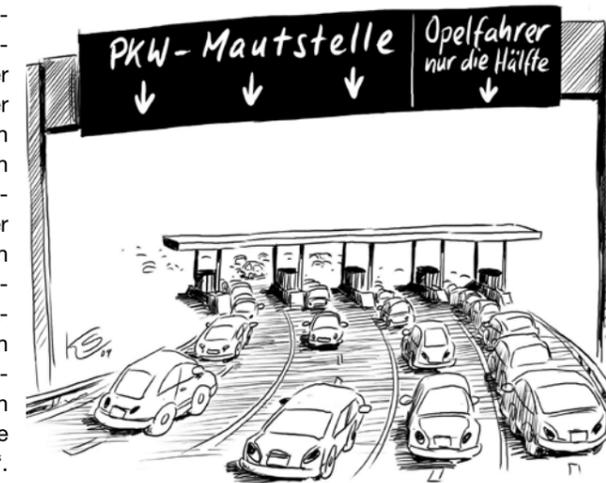
All das muss in Erinnerung gerufen werden, obwohl es sich um vermeintlich vergossene Milch handelt: Im schwierigen Winter 2009/2010 scheinen erneut Wetten auf die Vergesslichkeit von Fachwelt, Medien und Öffentlichkeit abgeschlossen zu werden: „Nur jetzt nicht, aber morgen sparen wir dann“. Genau diese Einstellung über Jahrzehnte hat die heutige Haushaltsnotlage maßgeblich verursacht.

„Holzmann-Jubiläum“: Kein Steuergeld für Opel!

Diese prekäre Lage sollte nicht durch Opel-Hilfen verschärft werden: Zu hoch ist die Wahrscheinlichkeit, dass mit unverhältnismäßig vielen Steuermitteln allenfalls ein Aufschub erreicht würde. Die beste Industriepolitik bleibt die, die sich auf gute Rahmenbedingungen für alle konzentriert. Die schlechteste Industriepolitik ist die, die im Einzelfall und vor laufenden Fernsehkameras gemacht wird. Vor genau 10 Jahren hat Gerhard Schröder in untergehender Abendsonne als Verkünder der „Rettung“ Holzmanns ein schlechtes wie wenig nachhaltiges Beispiel gegeben. Trotzdem haben sein damaliger Amtschef und seine Nachfolgerin im Bundeskanzleramt 2009 in Opel-Werken Verbrüderungsbilder gestellt.

Immer weiter wurde die Illusion genährt, Opel sei ein gutes deutsches Unternehmen mit tollen Produkten, das nur das Pech einiger unfähiger, natürlich amerikanischer Manager gehabt habe – aber am Ende werde es der Staat schon richten. So hat die Politik Erwartungen gefördert, die nicht einlösbar sein konnten, und sich dem medialen Trommelwirbel eines Betriebsratsvorsitzenden ergeben, der wie ein Regierungschef hofiert wurde.

Dem wirtschaftlichen Niedergang Opels über Jahre folgte das absehbare politische Desaster, als die Karte Magna, auf die alles fixiert war, nicht gespielt werden durfte. Manche Retter hatten sich an sich selbst berauscht, Warnungen und einige Fakten ausgeblendet. Dieses Verhalten zeigt das hässliche Gesicht des Populismus. Natürlich darf man die Beschäftigten und ihre Familien nicht allein lassen! Aber wäre es nicht fairer, für sie und mit ihnen neue Chancen zu suchen, als sie in falschen Hoffnungen zu wiegen? Vielleicht konzentrieren wir uns jetzt wieder mehr auf die Rahmenbedingungen für alle. Es gibt genug zu tun bei Bildung, Haushaltsausgleich, Infrastruktur, Bürokratieabbau, Steuervereinfachung, für Rechtssicherheit und fairen Wettbewerb.



Zeichnung: Klaus Stuttmann

Kronberger Kreis entwirft effiziente Klimaschutzpolitik

Plädoyer für Ausweitung des Zertifikatehandels und Abschaffung der Subventionierung

Der drohende Klimawandel stellt alle Staaten der Welt vor die Herausforderung, die Treibhausgasemissionen erheblich zu verringern. Dazu ist es notwendig, die Kosten der Emission von Treibhausgasen den jeweiligen Verursachern anzulasten, so dass es zu einer systematischen Berücksichtigung dieser Kosten in den Preisen kommt.

Wie der Kronberger Kreis in seiner Studie „Für einen wirksamen Klimaschutz“ zeigt, ist der Handel mit Emissionszertifikaten das hierfür am besten geeignete Instrument und sollte deshalb im Mittelpunkt der internationalen Klimaschutzpolitik stehen. In der Studie entwerfen die Professoren Juergen B. Donges, Johann Eekhoff, Lars P. Feld, Wernhard Möschel und Manfred J.M. Neumann eine ökonomisch funktionsfähige Klimaschutzpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Angesichts der gravierenden Defizite der bisherigen deutschen Klimaschutzpolitik fordern sie, die Subvention der Erzeugung von erneuerbaren Energien im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes einzustellen. Stattdessen ist das Zertifikatesystem für Treibhausgasemissionen international und sektoral auszuweiten und dessen Effizienz zu nutzen. Denn bei einem funktionierenden internationalen Zertifikatehandel sind keine weiteren klimaschutzpolitischen Maßnahmen erforderlich, weil die Menge der erlaubten Emissionen festgelegt ist.

Sowohl die Subventionierung erneuerbarer Energien durch die erzeugungskostenabhängige Einspeisevergütung als auch ordnungsrechtliche Vorschriften im Klimaschutz, wie der Beimischungszwang, die Vorgabe von Mindestanteilen erneuerbarer Energie am Wärmeenergiebedarf in Neubauten oder auch Dämmvorschriften, wirken wettbewerbsverzerrend und sollten deshalb aufgegeben werden. Fließen die Emissionskosten in die Energiepreise mit ein, verbessern sich die Marktchancen für erneuerbare Energien zwangsläufig. Dies ist insbesondere der Fall, wenn die weltweite Energienachfrage ansteigt und daraus eine Erhöhung der Energiepreise resultiert. Wichtig ist, dass möglichst alle Emittenten – d.h. alle Branchen und alle Länder – vom CO₂-Zertifikatehandel erfasst werden.

Nur eine international abgestimmte Klimaschutzpolitik kann dafür sorgen, dass die Emissionen dort begrenzt werden, wo dies mit den geringsten Kosten möglich ist. Wenn aber ein Land wie Deutschland eine Vorreiterposition im Klimaschutz einnehmen möchte, ist eine nationale überdurchschnittliche Beteiligung an den Kosten der internationalen Klimaschutzmaßnahmen durchaus sinnvoll. Die Durchsetzung besonders ehrgeiziger nationaler Ziele be-

lastet allerdings nach Ansicht der Experten die Produktion von international handelbaren Gütern übermäßig.

Eine weitere Forderung des Kronberger Kreises betrifft die Transparenz der Energiekosten. Der Verbraucher muss Klarheit über die Kosten der verschiedenen Energieträger erhalten. Alle Kosten der Erzeugung, des Leitungsbaus und des Vorhaltens von Reservekapazitäten sollten vollständig – also ohne Subventionen – in die Preise eingehen. Denn nur angesichts vollständig transparenter Preise können Bürger und Unternehmen sinnvolle Entscheidungen über ihren Energieverbrauch treffen und die Kosten des Klimaschutzes minimieren.

Die Mitglieder des Kronberger Kreises:



Juergen B. Donges



Johann Eekhoff



Lars P. Feld



Wernhard Möschel



Manfred J.M. Neumann

KRONBERGER KREIS

Für einen wirksamen Klimaschutz

Schriftenreihe Band 49,
Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.), Berlin 2009.

Zum Herunterladen auf:
www.stiftung-marktwirtschaft.de

Wie gering qualifizierte Arbeitslose Beschäftigung finden

Der Vorschlag des Kronberger Kreises

Eine der größten Herausforderungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist die Reintegration von Personen mit einer niedrigen Produktivität aufgrund von geringer beruflicher Qualifizierung oder körperlich eingeschränkter Leistungsfähigkeit. Diese Arbeitslosen stehen vor besonderen Schwierigkeiten bei der Suche nach einem Arbeitsplatz, da die inländische Nachfrage nach gering qualifizierten Tätigkeiten zurückgegangen ist und außerdem tarifliche Mindestlöhne und Arbeitsschutzregelungen eine Einstellung behindern.

An dieser Problematik setzt das Konzept des Kronberger Kreises an, das in seiner jüngsten Studie (Nr. 50) vorgestellt wird. Das Konzept der Professoren Juergen B. Donges, Johann Eekhoff, Lars P. Feld, Wernhard Möschel und Manfred J.M. Neumann wird von der Überzeugung geleitet, dass die hohe Arbeitslosenquote der Transferempfänger nicht von der Gesellschaft akzeptiert werden sollte. Wenn die Betroffenen ihr Arbeitspotential nutzen können, steigert das ihre persönliche Zufriedenheit und erleichtert ihre Integration in die Arbeitswelt. Zugleich profitiert die Gesellschaft von Wohlstandsgewinnen durch die zusätzliche Beschäftigung. Das Modell des Kronberger Kreises zur produktiven Beschäftigung von gering qualifizierten Beziehern von Arbeitslosengeld II richtet sich zunächst an freiwillige Teilnehmer. Bei einem Erfolg des Programms könnte es auf alle erwerbsfähigen ALG II-Bezieher ausgedehnt werden.

Die Transferempfänger werden vom Träger der Transferzahlungen (z.B. die Agentur für Arbeit oder die Kommunen) an einen Arbeitgeber verliehen und bleiben in ihrem Sozialrechtsverhältnis. Sie können kurzfristig kündigen, um in eine reguläre Beschäftigung zu wechseln. Das vom Arbeitgeber an die Träger der Transferleistungen gezahlte Entgelt wird im Wettbewerb um die Arbeitskräfte auf dem Markt bestimmt. Es gibt keine Untergrenze für dieses Entgelt etwa in Höhe der ALG II-Leistungen. Arbeitskräfte mit einer besonders geringen Produktivität können ihren Lebensunterhalt möglicherweise nie aus eigenen Kräften erwirtschaften. Dennoch können sie einen Teil ihrer empfangenen Transferleistungen durch die Beschäftigung im Rahmen des Programms selbst verdienen.

Die Teilnehmer des Programms erhalten eine pauschale Aufwandsentschädigung aus dem Entgelt. Der Rest des Entgelts wird für Versicherungen, die Organisation des Programms und zur Entlastung der Solidargemeinschaft verwendet, welche weniger Mittel für die Zahlung von ALG II aufwenden muss. Das Programm sollte zeitlich unbefristet angelegt sein.

Ein Vorteil des Konzeptes des Kronberger Kreises liegt darin, dass eine marktconforme Vergütung gezahlt wird. Es kommt somit zu keiner Wettbewerbsverzerrung auf dem Arbeitsmarkt. Es entsteht zusätzliche Beschäftigung, zum einen dadurch, dass vorher nicht finanzierbare Tätigkeiten durchgeführt werden können. Zum anderen werden die Kommunen entlastet, die die eingesparten Mittel unmittelbar für zusätzliche Leistungen und einen Beschäftigungsausbau an anderer Stelle einsetzen können.

Dass viele Transferempfänger bereit sind, eine Beschäftigung aufzunehmen, auch wenn sie keinen finanziellen Vorteil dadurch erhalten, zeigen die Erfahrungen mit dem seit 1999 erfolgreich in Sachsen laufenden Projekt TAURIS mit bislang über 18.000 Teilnehmern.

Die Studien des Kronberger Kreises erscheinen ab sofort in einem neuen Design:



KRONBERGER KREIS

Beschäftigung gering qualifizierter Arbeitsloser

Schriftenreihe Band 50,
Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.), Berlin 2009.

Zum Herunterladen auf:
www.stiftung-marktwirtschaft.de

Perspektive für den ehrbaren Staat?

Die Ergebnisse der aktuellen Generationenbilanz

Für die öffentlichen Haushalte stellt die schwerste Wirtschafts- und Finanzkrise seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland ein mittleres Erdbeben dar. Konjunkturrell bedingte Einnahmeausfälle in Verbindung mit steigenden Sozialausgaben und einer expansiven Fiskalpolitik werden in diesem und vor allem im nächsten Jahr aller Voraussicht nach dazu führen, dass die Neuverschuldung neue Rekorde erklimmen und 2010 deutlich oberhalb der Grenze des Maastricht-Kriteriums von 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) liegen wird. Um der Rezession entgegenzuwirken, ist diese Entwicklung – zumindest in ihrer fiskalischen Grundausrichtung – kurzfristig alternativlos.

Was aber bedeuten die aktuelle Krise und die konjunkturpolitischen Maßnahmen für die langfristige Perspektive der öffentlichen Haushalte? Ist die explodierende Neuverschuldung nur ein temporäres Phänomen, das junge und zukünftige Generationen nicht weiter berührt, oder resultieren aus den politischen Gegenmaßnahmen möglicherweise langfristig unerwünschte Folgewirkungen? Diesen Fragen geht die Stiftung Marktwirtschaft im Rahmen der neuesten Generationenbilanz für Deutschland nach, die in Zusammenarbeit mit Prof. Bernd Raffelhüschen und seinem Forschungszentrum Generationenverträge der Universität Freiburg erstellt wurde.

Neben der expliziten, d.h. sichtbaren Staatsverschuldung erfasst die Generationenbilanz auch die implizite, heute noch nicht sichtbare Staatsverschuldung, die entsteht, wenn die heutige Wirtschafts- und Sozialpolitik unter Berücksichtigung der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung unverändert fortgeführt würde. Setzt man die Summe aus expliziter und impliziter Staatsverschuldung in Relation zum BIP, erhält man die sogenannte **Nachhaltigkeitslücke**. Diese tatsächliche „Schuldenquote“ ist gemäß dem diesjährigen Update von 167,6 Prozent des BIP auf 249,7 Prozent des BIP gestiegen (vgl. Tabelle).

Allerdings darf der Wirtschaftskrise nur rund ein Viertel dieses Anstiegs angelastet werden. Denn zeitlich beschränkt wirkende „Konjunkturspritzen“ oder auch das Wirken der automatischen Stabilisatoren sind im Hinblick auf die langfristige Tragfähigkeit der Staatsfinanzen eher unproblematisch. Schwerer wiegen hingegen dauerhaft wirkende strukturelle Maßnahmen – und von diesen gab es in den letzten Monaten mehr als genug. Teilweise wurden sie durch das Bundesverfassungsgericht eingefordert, teilweise aber auch – wie die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung und zur Gesetzlichen Kran-

kenversicherung oder die Senkung der Einkommensteuer – ohne Not von der Politik beschlossen. Diese Maßnahmen belasten die öffentlichen Haushalte dauerhaft, ohne dass an anderer Stelle eine entsprechende finanzielle Kompensation beschlossen worden ist.

Der Anstieg der Nachhaltigkeitslücke zeigt, dass diese Politik auf Dauer nicht durchgehalten werden kann, sondern über kurz oder lang Einsparungen sowie Steuer- und Abgabenerhöhungen unvermeidlich sind. Ein ehrbarer Staat würde allerdings schon heute entsprechende Maßnahmen ergreifen und die finanziellen Lasten nicht einfach in die Zukunft und damit auf die jungen und zukünftigen Generationen verschieben.

	Basisjahr 2007 (in % des BIP)	Basisjahr 2006 (in % des BIP)	Basisjahr 2005 (in % des BIP)
Implizite Schulden der öffentlichen Haushalte			
Gesetzliche Rentenversicherung	101,1	101,9	117,4
Gesetzliche Krankenversicherung	98,7	80,1	90,3
Soziale Pflegeversicherung	33,2	29,4	37,7
Gebietskörperschaften	-48,1	-106,2	-72,9
Explizite Staatsschuld	64,8	62,3	62,1
Summe Nachhaltigkeitslücke	249,7	167,6	234,6



Bernd Raffelhüschen/Stefan Moog

Ehrbarer Staat? Die Generationenbilanz – Update 2009: Wirtschaftskrise trifft Tragfähigkeit

Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, Nr. 108, Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.), Berlin 2009.

Zum Herunterladen auf:

www.stiftung-marktwirtschaft.de



Gesundheitsprämie auf Prüfstand der Generationenbilanz

Neue Erkenntnisse aus der Generationenbilanz für die Sozialversicherungen

Kurz nach der Wahl der neuen Bundesregierung hat die Stiftung Marktwirtschaft gemeinsam mit dem Forschungszentrum Generationenverträge das Projekt „Ehrbarer Staat“ weitergeführt und im Rahmen eines Pressegesprächs mit Vorstandsmitglied Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen ausgewählte Reformoptionen in den Sozialversicherungen auf den Prüfstand der Generationenbilanz gestellt. Im Bereich der Rentenversicherung wurde anhand eines internationalen Vergleichs deutlich, dass die in Deutschland praktizierte Kombination von Lohnanbindung der Renten und ausgabedämpfenden Nachhaltigkeits- bzw. Riesterfaktoren im internationalen Vergleich unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten nicht schlecht abschneidet. Vor allem aber konzentrierte sich die Analyse auf die Auswirkungen einer pauschalen, also lohnunabhängigen Gesundheitsprämie.

Pauschale Gesundheitsprämien reichen nicht aus

Spätestens seitdem die neue schwarz-gelbe Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag pauschale Gesundheitsprämien zumindest partiell als langfristiges Ziel formuliert

hat, steht die längst überfällige Reform der Krankenversicherungsfinanzierung wieder auf der politischen Agenda. Die Einführung einer Gesundheitsprämie wäre jedoch nur der halbe Weg zu einem zukunftsfähigeren Gesundheitssystem. Denn während lohnunabhängige Prämien zwar den Arbeitsmarkt entlasten und für mehr Äquivalenz zwischen Beitragszahlungen und in Anspruch genommenen Leistungen sorgen, würde sich die Nachhaltigkeitslücke nur geringfügig verbessern – in der Gesetzlichen Krankenversicherung um maximal ein Viertel, in der Sozialen Pflegeversicherung sogar „nur“ um 10 Prozent. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass eine nachhaltige Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung an der Ausgabenseite ansetzen muss, beispielsweise durch Leistungsausgliederungen, steuerfähige Selbsthalte und mehr Wettbewerb. Eine nachhaltige Reform der erst 1995 eingeführten Sozialen Pflegeversicherung erfordert hingegen den Übergang vom Umlage- zum Kapitaldeckungsverfahren und die Rücknahme ungerechtfertigter Einführungsgeschenke, die ansonsten weiterhin vor allem jüngere und zukünftige Generationen belasten.

Neue Erkenntnisse aus der Reihe Unkorrekte Tatsachen

Es ist nicht allein die Alterung der Bevölkerung, welche die öffentlichen Finanzen und die umlagefinanzierten Sozialversicherungen zukünftig massiv belasten wird. Vielmehr besteht seit längerem eine strukturelle Schiefelage zwischen den staatlichen Ausgaben und Einnahmen. **Da bei Fortbestehen aller aktuellen Regelungen jeder neugeborene Durchschnittsbürger über den Verlauf seines Lebens mehr Leistungen vom Staat bezieht als er über Steuern und Ausgaben finanziert, würden auch höhere Geburtenzahlen nicht helfen, die Nachhaltigkeitslücke zu verringern, im Gegenteil.**

Anhand einer Simulationsrechnung lässt sich dies quantifizieren: Unterstellt man, dass die Generation der Babyboomer im Durchschnitt statt der tatsächlichen Geburtenrate von rund 1,4 Kindern pro Frau die zur Aufrechterhaltung der Bevölkerungsgröße notwendigen 2,1 Kinder gezeugt hätten, fiel die Nachhaltigkeitslücke um fast 50 Prozentpunkte höher aus und beliefe sich auf etwa 295 Prozent des BIP. Dieses Simulationsergebnis unterstreicht, wie wichtig es ist, die staatlichen Leistungen und ihre Finanzierung auf den Prüfstand zu stellen, um die Einnahme- und Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte wieder in Einklang zu bringen.

DIE WELT Die Welt, 12.10.2009

„Raffelhüschen hat für die Stiftung Marktwirtschaft untersucht, wie sich die Staatsverschuldung entwickelt hätte, wenn die Babyboomer-Generation der Jahrgänge 1955 bis 1965 ab Mitte der Siebzigerjahre im Durchschnitt nicht nur 1,4 sondern 2,1 Kinder bekommen hätte, es also keinen Pillenknick gegeben hätte“, berichtet Dorothea Siems von der Welt über die Reihe der „unkorrekten Tatsachen“ der Stiftung.

In diesem Fall läge nicht nur der explizit ausgewiesene Schuldenstand von Bund, Ländern und Gemeinden bei 97,4 % des BIP, „also deutlich über dem derzeitigen Stand von 64,8 % des BIP. Raffelhüschen rechnet zu dieser expliziten [...] noch die deutlich größere implizite Staatsschuld hinzu“.

Siems schreibt weiter: „Nicht die niedrigen Geburtenzahlen sind Schuld an der Finanzmisere, sondern die Tatsache, dass der deutsche Staat seit Jahrzehnten über seine Verhältnisse lebe.“

Berichterstattung zur Generationenbilanz 2009

DIE WELT

Die Welt, 09. und 16.07.2009

„Wäre der Staat ein ehrbarer Kaufmann, so müsste er im Umfang der Nachhaltigkeitslücke Rückstellungen bilden. Da diese Zukunftsvorsorge nicht betrieben werde, müssten spätere Generationen die Zeche zahlen“. Mit diesen Worten gibt Die Welt die Kritik des Ökonomen Bernd Raffelhüschen wieder.

Dorothea Siems schreibt am 16.07.2009 weiter:

„Wie groß das Finanzproblem des Sozialstaats ist, zeigt Raffelhüschens Generationenbilanz“.

Die Journalistin erläutert im Weiteren, dass laut der Studie „die ausgewiesene Staatsschuld von Bund, Ländern und Gemeinden in diesem Jahr 64 Prozent des Bruttoinlandsprodukts [beträgt]; die implizite Staatsschuld aber ist mit 185 Prozent des BIP dreimal so groß. Beides zusammen bildet in diesem Konzept die „Nachhaltigkeitslücke“.“

Frankfurter Allgemeine

FAZ, 09.07.2009

Die nächste Generation hat nach Manfred Schäfers von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung nicht nur „die offen ausgewiesenen Schulden von Bund und Ländern“, sondern „auch die stark steigenden Beamtenpensionen und die Lasten zu tragen, die sich in den Sozialversicherungen bei gegebenen Leistungsversprechen und Beitragssätzen aus der Alterung der Gesellschaft ergeben“. Basierend auf der Studie der Stiftung Marktwirtschaft beziffert der Autor diese Gesamtlast auf 250 Prozent des Bruttoinlandsprodukts oder rund 6 Billionen Euro. Schäfers weiter: „Nach den Berechnungen, die der Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen mit Stefan Moog vorgelegt hat, ist nur ein geringer Teil des Anstiegs der impliziten Staatsschuld auf die Finanzkrise zurückzuführen. [...] Diese werde zum Sündenbock gemacht“, zitiert Schäfers das Mitglied des Stiftungsvorstandes. Die Fehler werden aber auf der Ausgabe Seite gemacht. „Die Stiftung Marktwirtschaft spricht sich aus diesem Grund auch gegen weitere Steuererhöhungen aus.“



Das Podium der Mehrwertsteuer-Tagung (v.l.): Prof. Dr. Michael Eilfort, Josef Sanktjohanser, Otto Kentzler (hinten), Donata Riedel, Dr. Theo Waigel, Hans Eichel, Prof. Dr. Joachim Englisch und Prof. Dr. Clemens Fuest. Mehr dazu auf Seite 9.

Steuervereinfachung am Beispiel Mehrwertsteuer?

Tagung der Stiftung mit den ehemaligen Bundesfinanzministern Dr. Theo Waigel und Hans Eichel

Die Mehrwertsteuer hat in der Vergangenheit schon oft zum Stopfen von Haushaltslöchern und Sozialversicherungsdefiziten gedient. Zwar wurde eine Erhöhung der Mehrwertsteuer im Wahlkampf 2009 von allen Parteien ausgeschlossen, doch was bedeuten solche Versprechen in Zeiten notorisch leerer Staatskassen? Eignet sich die Mehrwertsteuer tatsächlich besser als andere Steuern, um den Haushalt zu sanieren?

Mit dieser Thematik beschäftigte sich die hochkarätig besetzte Fachtagung der Stiftung Marktwirtschaft am 15. Oktober 2009 im Berliner Reichstagsgebäude. Die ehemaligen Finanzminister Dr. Theo Waigel und Hans Eichel vertraten die Politikebene. Die Sicht der Wissenschaft wurde durch das ehemalige Mitglied des Kronberger Kreises, Prof. Dr. Clemens Fuest vom Oxford University Centre for Business Taxation, und durch Prof. Dr. Joachim Englisch

von der Universität Augsburg wiedergegeben. Die Interessen der Wirtschaft verfochten Otto Kentzler, Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks, und Josef Sanktjohanser, Präsident des Hauptverbands des Deutschen Einzelhandels.

Waigel bezeichnete die Arbeit eines Finanzministers als Sisyphusarbeit und wies in seinem Vortrag auf das Erfordernis einer symmetrischen Haushaltskonsolidierung hin: „Es gilt, das Verhältnis von Staat und Privatwirtschaft neu auszutarieren. Wie Mitte der 1990er Jahre brauchen wir wieder eine neue Symmetrie zwischen einem leistungsfähigen Staat und einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft.“ Leistungsfähig sei der Staat, wenn sein Haushalt in Ordnung sei. Wettbewerbsfähig sei eine Wirtschaft, wenn sie ein ausreichendes Wachstumspotential besitze.

Eichel analysierte die Möglichkeiten der Politik auf der Einnahme- und Ausgabe Seite, den Haushalt zu konsolidieren. Da viele Ausgaben bereits vorab festgelegt seien, in Bereichen wie Bildung und Forschung eher noch erhöht werden sollten und Kürzungen an den staatlichen Zuschüssen zu den Sozialversicherungen mit erheblichem gesellschaftlichen Widerstand verbunden seien, folgerte Eichel: „Konsolidierung kann nur in einer Kombination von Ausgabeneinschränkungen und Steuererhöhungen erfolgen.“

Die schwierige finanzpolitische Ausgangslage wurde dem Publikum von dem Ökonomen Fuest detailliert vor Augen geführt. Falls Ausgabenkürzungen zur Haushaltskonsolidierung nicht ausreichen, sei eine Erhöhung der Mehrwertsteuer weniger wachstumsfeindlich als eine Erhöhung direkter Steuern. Zumindest handle es sich um eine Steuerart, bei der die neue Koalition ihre Steuervereinfachungspläne gut umsetzen könne. Die im Laufe der Tagung zur Erheiterung des Publikums aufgezählten Beispiele für mehr oder weniger sinnvolle Ausnahme- oder Regeltatbestände bei der Mehrwertsteuer reichten von ermäßigt besteuerten getrockneten Schweineohren, Jakobsmuscheln und Reitpferden bis hin zu „normal“ – also mit dem vollen Satz – besteuerten Windeln und Medikamenten. Der Bedarf für eine Reformierung des Mehrwertsteuersystems war für alle Anwesenden offenkundig, über die genaue Ausgestaltung wurde lebhaft diskutiert.



Dr. Theo Waigel applaudiert seinem späteren Nachfolger im Amt, Hans Eichel.

In Kürze erscheint auch ein Tagungsbericht über diese Veranstaltung.

Privat statt Staat?

Stiftung Marktwirtschaft diskutiert sektorspezifische Regulierung der Netzwirtschaften

Anhand der Liberalisierung von Netzwirtschaften zeigt sich, wie Marktwirtschaft funktionieren kann und wie Wettbewerb vor allem Nachfragern und Verbrauchern nützt. Mit der Frage „Privat statt Staat?“ hat die Stiftung Marktwirtschaft auf einer Fachtagung in Berlin insbesondere die Sektoren Telekommunikation, Energie und Bahn fokussiert, die sich lange Zeit in staatlichen Händen in Form eines Monopols befanden oder aber durch Kartelle mit nur begrenztem Wettbewerb gekennzeichnet waren.

Das Motto der Tagung, so der Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, Prof. Dr. Michael Eilfort, weise zwar einen antizyklischen Charakter auf, zumal die Staatsquote an die Schwelle von 50 Prozent klopfe und die Marktwirtschaft von vielen zum Sündenbock für die Finanz- und Wirtschaftskrise gemacht werde. Doch verbreite sich die Erkenntnis, dass Ursache mancher Exzesse und Fehlentwicklungen womöglich weniger die Marktwirtschaft als vielmehr das Versagen einzelner Marktakteure, diverser Aufsichtsorgane und des Staates seien.

Die Liberalisierung des Telekommunikationssektors ist insbesondere eine ordnungspolitische Initiative gewesen, erinnerte René Obermann, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Telekom AG auf dem Podium. Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats der Stiftung sind für ihn maßgeblich an diesem erfolgreichen Reformprozess beteiligt gewesen: „Langjährige Mitglieder des Kronberger Kreises, wie die Professoren Wernhard Möschel oder auch Juergen B. Donges als Vorsitzender der Deregulierungskommission, haben an verantwortungsvoller Stelle diesen Liberalisierungsprozess begleitet.“ Eine sektorspezifische Regulierung ist für Möschel dementsprechend die Ausnahme, die Anwendung der allgemeinen Wettbewerbsgesetze

hingegen die Regel. Sowohl nach dem Telekommunikationsgesetz (TKG) als auch nach dem europäischen Recht, erläuterte Möschel, sei die sektorspezifische Regulierung von Anbeginn an als eine Übergangsregelung konzipiert gewesen.

Der Präsident der Bundesnetzagentur, Matthias Kurth, merkte im Hinblick auf seinen Vorredner Prof. Dr. Dr. Christian Kirchner an, dass die von ihm betreute Regulierungsbehörde bereits versuche, eine ‚kluge Regulierung‘ zu betreiben. Viele der von Kirchner genannten Prinzipien seien in der Regulierungspraxis bereits Realität. In bestimmten Sektoren wie dem Mobilfunk werde – mit Ausnahme der Terminierungsentgelte und des Roamings – gar nicht reguliert und aus anderen Bereichen habe sich die Bundesnetzagentur sogar schon ganz zurückgezogen. Man reguliere ohnehin nur noch „bottlenecks“. „Wo ein Rückzug möglich ist, da machen wir das auch,“ erklärte Kurth entschlossen.

Die sektorspezifische Regulierung, die seinerzeit richtig und wichtig gewesen war, habe nach Ansicht Obermanns aber über die Jahre zumindest teilweise ihre Berechtigung verloren. Benötigt werde nun eine Regulierung, die nicht nur auf die Senkung der Verbraucherpreise ziele, sondern stärkere Anreize für Investitionen biete und Investitionsrisiken kalkulierbar mache. Das gelte allerdings vor allem für die Brüsseler Regulierungspolitik. Das Fazit von Günther H. Oettinger MdL, Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg, war dazu eindeutig: „In Wahrheit haben wir noch längst keinen Markt.“

Den vollständigen Bericht können Sie auf unserer Homepage www.stiftung-marktwirtschaft.de lesen.

Günther H. Oettinger



Matthias Kurth



René Obermann



Preisverleihung beim Ideenwettbewerb

GENERATION-D
IDEEN FÜR DEUTSCHLAND. GEMEINSAM ANPACKEN.

Studierende reichen ihre innovativen Ideen für Deutschland ein

Stiftung Marktwirtschaft hat in Zusammenarbeit mit ihren Projektpartnern Bayerische EliteAkademie, Süddeutsche Zeitung und Allianz am 20. November 2009 zum zweiten Mal die Preisträger von „Generation-D. Ideen für Deutschland“ prämiert. Zur Preisverleihung im Berliner Hotel Adlon kamen die Top-10-Kandidaten des Wettbewerbs aus ganz Deutschland und präsentierten ihre Ideen. Die Jury hat die Bewerber nach den Kriterien Kreativität und Innovativität der Idee, Realisierbarkeit und Nachhaltigkeit beurteilt.

ECKDATEN ZUM WETTBEWERB 2009:

- 442 Studierende haben teilgenommen
- in 101 Teams aus 13 Bundesländern
- aus 61 Hochschulen und Universitäten
- und mehr als 85 Studienfächern

Bei dem Wettbewerb haben Ideen eine Chance, die Probleme längerfristig lösen und nicht nur einem kurzfristigen Trend oder schnellen Gewinnaussichten folgen. Das eingereichte Projekt soll effizient und ökonomisch sein, ökologischen oder sozial nachhaltigen Nutzen stiften. Mit der Teilnahme an GENERATION-D haben die Studierenden sowohl für die heutigen als auch für zukünftige Generationen und deren Lebensgrundlage Verantwortung übernommen.

In der Wettbewerbskategorie „Soziale Gesellschaft“ konnte sich das Team „s.m.a.r.t. Charity“ von der TU Darmstadt durchsetzen. Das Konzept von „s.m.a.r.t. Charity“ basiert auf der Idee, das Erreichen von persönlichen Zielen mit einem gemeinnützigen Zweck zu kombinieren und so Interessierte bei der Erreichung ihrer individuellen Ziele zu unterstützen: Als externen Sachanreiz zahlt der Teilnehmer einen frei wählbaren Geldbetrag bei „s.m.a.r.t. Charity“ ein, welchen er bei Erreichung seines Ziels zurückerhält. Bei Nicht-Erreichung des Ziels wird der gesamte Betrag an eine gemeinnützige Organisation überwiesen. Auf diese Weise entsteht eine Win-Win-Situation auf beiden Seiten: Auch bei unterbliebener Zielerreichung wird durch die Spende zumindest für Dritte etwas Gutes getan.

Mit seiner Idee in der Kategorie „Arbeit, Wirtschaft & Umwelt“ konnte das Team „Chances Up!“ aus Mannheim überzeugen. In dem Projekt „littlebird“ werden schwer vermittelbaren, arbeitslosen Jugendlichen Soft Skills vermittelt, welche ihnen den Eintritt ins Berufsleben erleichtern sollen. Dabei bereiten die Jugendlichen Bio-Speisen zu und liefern diese mittags an Unternehmen ohne Kantinen in der Umgebung aus. Durch die Auslieferung erhalten die Jugendlichen unmittelbar Kontakt mit ihren Kunden sowie

deren Feedback und können durch erste Arbeitserfolge Motivation für das weitere Arbeitsleben ziehen. Zudem ergibt sich ein Nutzen für die belieferten Firmen, da die Arbeitnehmer nun ein günstiges und gesundes Mittagessen direkt am Arbeitsplatz erhalten. Dieses Projekt ist bereits online: www.littlebird-ma.de

Das Konzept des dritten Siegerteams aus dem Bereich „Kultur & Bildung“ sieht vor, eine ehemalige Bodenseefähre in eine „Energy Island“ umzubauen. Auf der Plattform im Bodensee soll eine Technologie- und Forschungsstation entstehen, auf der die verschiedenen regenerativen Energietechniken für Kinder und Erwachsene anschaulich präsentiert und erklärt werden. Dadurch kann das Interesse an der weiteren Erforschung neuartiger Energieformen geweckt, aber auch deren Akzeptanz gefördert werden. Auch die Möglichkeit von Übernachtungen und Workshops auf der ehemaligen Fähre soll dazu beitragen, Jugendliche und Kinder generell für Technik zu begeistern.



Der neue Webauftritt: www.stiftung-marktwirtschaft.de

Stiftung Marktwirtschaft hat am 15. Oktober u.a. mit den ehemaligen Bundesfinanzministern Theo Waigel und Hans Eichel MdB die Mehrwertsteuer unter steuersystematischen, ökonomischen und praktischen Gesichtspunkten auf einem hochkarätig besetzten Podium diskutiert.



Haben Sie uns bereits besucht? Werfen Sie einen Blick auf unseren neuen Webauftritt und sagen Sie uns Ihre Meinung. Vielleicht haben Sie auch Anregungen oder Wünsche, die wir bei der Weitergestaltung berücksichtigen können?

Modern, professionell und übersichtlich – die neue Homepage der Stiftung Marktwirtschaft wirkt jung und zugleich kompetent. Die Seite ist klar strukturiert, und die Navigation lässt sich intuitiv erschließen. Die Architektur ist offen und hell und verzichtet auf jegliche Überfrachtungen. Damit hebt sich die Homepage sowohl im Aufbau als auch in ihrem einfachen Design optisch von anderen Seiten ab.

Neu sind zahlreiche Servicefunktionen und Interaktionsmöglichkeiten sowie die Visualisierung komplexer Informationen. Stiftung Marktwirtschaft möchte mit diesem neuen Auftritt den veränderten Nutzungsgewohnheiten der Anwender entgegenkommen und dennoch funktional und sachlich bleiben. Bei uns steht nach wie vor der Inhalt im Vordergrund:

www.stiftung-marktwirtschaft.de

Schreiben Sie uns unter:
huebner@stiftung-marktwirtschaft.de

Zu guter Letzt

Der Staatshaushalt muss ausgeglichen sein. Die öffentlichen Schulden müssen verringert werden. Die Arroganz der Behörden muss gemäßigt und kontrolliert werden. Die Leute sollen wieder lernen, zu arbeiten, statt auf öffentliche Rechnung zu leben.

(Marcus Tullius Cicero, 55 v. Chr.)

IMPRESSUM

Stiftung Marktwirtschaft * V.i.S.d.P.: Dr. Susanna Hübner * Charlottenstr. 60 * 10117 Berlin * www.stiftung-marktwirtschaft.de
ISSN: 1612-9725